

Keine Verfassungsänderung für Ramos

Der oberste Gerichtshof der Philippinen hat mit einem Urteil im März die Bestrebungen einiger Bürgergruppen zunichte gemacht, per Plebiszit eine Verfassungsänderung zu erreichen, die Präsident Ramos eine zweite Amtszeit ermöglichen würde. Es gebe kein Gesetz, das eine Volksabstimmung für eine Verfassungsänderung vorsehe, so das Gericht. Indessen hat auch die katholische Bischofskonferenz in einem Hirtenbrief die Bestrebungen verurteilt, Ramos eine Wiederwahl zu ermöglichen. Eine zweite Amtszeit würde alle Ängste vor autoritärer Regierung und Diktatur wieder wachrufen. "Sind wir denn so arm und abhängig von einem Mann, daß wir uns nicht mehr weiterentwickeln können, wenn er nicht Präsident bleiben kann?" heißt es in dem Hirtenbrief. Die Berater des Präsidenten, die zuvor stark für ein zweite Amtszeit einge-

treten waren, geben dem Unternehmen keine Chance mehr.

Unterdessen sind mögliche Präsidentschaftsbewerber dabei, sich die Unterstützung der starken Parteien für die Wahlen im nächsten Jahr zu sichern. Insgesamt haben bisher sieben Kandidaten ihren Hut in den Ring geworfen. Beobachter halten es für wahrscheinlich, daß letztlich zwei oder drei von ihnen den Wahlkampf bestreiten werden. Der populärste unter den Bewerbern ist der frühere Schauspieler Vizepräsident Joseph "Erap" Estrada, der auch die Umfragen anführt. Der 60jährige hat sich als Verbrechensbekämpfer profiliert und steht in dem Ruf, sich für die Armen einzusetzen. Was ihm fehlt ist eine starke Parteimaschinerie. Die *Partidong ng Masa Pilipino* (PMP), die Estrada anführt, hat bei den letzten Senatswahlen keine gute Figur gemacht und

ist auch finanziell nicht stark genug. Ob Estrada aber wieder ein Wahlbündnis mit der *Nationalist People's Coalition* (NPC) von Eduardo "Danding" Cojuangco eingehen kann, ist noch unsicher. Die NPC führt auch Gespräche mit "Laban ng Demokratong Pilipino", die Koalitionsüberlegungen mit der PMP seien aber weiter fortgeschritten, ließ ein Parteisprecher wissen und dementierte damit Gerüchte, daß Cojuangco die Kandidatur Estradas nicht unterstützen wolle. Vorsitzender der LABAN ist Senator Eduardo Angara, der als erster bereits im vergangenen Jahr seine Kandidatur angekündigt hat.

Als eine weitere sehr aussichtsreiche Kandidatin gilt die Senatorin Gloria Macapagal Arroyo. Die 49jährige Tochter des kürzlich verstorbenen ehemaligen Präsidenten Macapagal ist Wirtschaftsexpertin und erhielt bei der Senatswahl 1995 die meisten Stimmen. Sie umwirbt den populären Senator Vicente Sotto III,

einen früheren Schauspieler, als Vizepräsidentschaftskandidaten.

Wen Präsident Ramos' Partei LAKAS als Nachfolger ins Rennen schicken wird, ist noch unklar, vermutlich wird sie noch nicht so bald einen Kandidaten nominieren. Im Gespräch sind die sogenannten drei D's: Verteidigungsminister Renato de Villa, Parlamentssprecher José de Venecia und Finanzminister Roberto de Ocampo. Alle machen in den Umfragen keine allzu gute Figur. Doch eine Empfehlung durch den amtierende Präsidenten dürfte großes Gewicht haben, ohne Unterstützung seiner Vorgängerin Corazon Aquino wäre Fidel Ramos wohl nie Präsident geworden. Als Vizepräsidentschaftskandidatin wird Ramos dem von ihm favorisierten Kandidaten vermutlich seine Schwester, die Senatorin Leticia Ramos-Shahani, zur Seite stellen.

vgl. *Asia Times* 2.5.97, *Manila Times* 3.5.97, rtr 6.4.97

Abschied vom IWF nach 35 Jahren

Bis Ende Juni soll das 35. und letzte vom *Internationalen Währungsfonds* (IWF) entworfene Wirtschaftsprogramm für die Philippinen beendet sein. Angesichts der positiven Wirtschaftsdaten für 1996 bemerkte IWF-Direktor Michael Camdessus zu Präsident Ramos am Rande eines Wirtschaftsforums, er entlasse "seinen besten Studenten mit allen guten Wünschen".

Kritiker betonen dagegen, die philippinische Wirtschaft habe sich nicht wegen sondern trotz der langjährigen IWF-Patenschaft erholt. Die exorbitante Staatsverschuldung sei dabei nur eines von vielen Problemen. So hätten sich die vom Fonds verlangten Kürzungen im Haushalt katastrophal auf die Versorgungslage und die sozialen Leistungen ausgewirkt. Letzte zu erfüllende Bedingung für den Austritt aus dem IWF-Programm im Juni ist die Verabschiedung einer umfassenden Steuerreform, über die Ende Mai im Kongreß abgestimmt werden sollte.

vgl. *ADN* 9.4.97

Privatkapital zum Ausbau der Infrastruktur

Den Anteil privaten Kapitals am Ausbau der Infrastruktur wollen die Finanzminister des *Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsforums* (APEC) steigern. Eine Gruppe von Finanzfachleuten, die das Treffen Anfang April vorbereitet hatte, riet den 18 Mitgliedsstaaten, das Investitionsklima zu verbessern. Der Kapitalfluß müsse erleichtert und der Informationsaustausch verbessert werden. Zum Abschluß der Konferenz setzten die Finanzminister ein Computersystem in Betrieb, mit dessen Hilfe die Mitgliedsländer gegenseitig vertrauliche Wirtschaftsdaten abrufen können.

Nach Schätzungen der Weltbank benötigen die Staaten der Region in den kommenden zehn Jahren umgerechnet mehr als 2,5 Billionen Mark für den Ausbau der Infrastruktur. Bisher stammen lediglich zehn Prozent der benötigten Mittel aus privaten Quellen. Der philippinische Finanzminister Roberto de Ocampo hatte im Vorfeld gesagt, es müßten Wege gefunden werden, privates Kapital in "positive Anlagen" an-

stelle von spekulativen Investitionen zu leiten. Das Geld dürfe auch nicht so kurzfristig abzuziehen sein wie 1994 in Mexiko, als starke Kapitalabflüsse eine schwere Wirtschaftskrise auslösten.

vgl. *AFP* 6.4.97

Kredit aus Japan

Zur Finanzierung von 14 Industrieprojekten stellt Japan den Philippinen einen Kredit über 124 Milliarden Yen (1,7 Mrd DM) zur Verfügung. Nach Angaben aus dem Außenministerium in Tokio sollen damit unter anderem der Bau von Stromleitungen sowie Hafenerweiterungen gefördert werden.

vgl. *DPA* 17.3.97

Telekomaufträge für deutsche Firmen

Einen Großauftrag zur Installation von Telekommunikationstechnologie hat die Krone AG, Berlin, vom philippinischen Netzbetreiber Isacom erhalten. Bei der Installation mit einem Auftragsvolumen von 36 Mio. Mark sollen auf fünf Visayas-Inseln alte drahtgebundene Anschlüsse durch stationäre Funkverbindungen ersetzt werden.

Siemens wird auf den Visayas für Isacom ein schlüsselfertiges Telefonnetz für mehr als 300 Millionen Mark errichten.

vgl. *ADN* 2.3.97 *AFP* 17.4.97

Mysteriöser Tod nach Goldfund

Der Geologe Michael de Guzman, angeblicher Entdecker eines umstrittenen Goldvorkommens in Busang auf Borneo, Indonesien, ist bei einem Sprung aus einem Hubschrauber vermutlich ums Leben gekommen. Die kanadische Minengesellschaft Bre-X hat Goldproben vom Fundort massiv gefälscht, wie sich bei einer Untersuchung herausstellte. Reich geworden war das Unternehmen bisher nicht durch Goldschürfungen, sondern allein durch Aktien an dem angeblichen Rekordvorkommen. De Guzman soll vor seinem Sprung aus dem Hubschrauber seine wertvollen Bre-X Aktien lukrativ verkauft haben. Es gibt daher erhebliche Zweifel an seinem Selbstmord. Außerdem sind inzwischen in vier Ländern verschiedene Ehefrauen de Guzmans ausfindig gemacht worden. vgl. *AFP* 5.4.97, rtr 5.4.97

Konflikt mit China über Spratly-Inseln

Erneut sind Ende April chinesische Schiffe in die Gewässer rund um die Spratly-Inseln eingedrungen. Manila reagierte mit diplomatischen Protesten und stellte klar, daß es sich bei dem Eindringen

"hüttenähnliche Struktur" auf einer der Spratly-Inseln entdeckt. China hatte zunächst dementiert, schließlich aber seine Schiffe zurückgerufen. Allerdings erklärte der chinesische Botschafter in Manila, die Präsenz der Schiffe dort sei ein normaler Vorgang, da China die unbestreitbare

identifiziert wurde. Danach waren die beiden Staaten jedoch übereingekommen, in Zukunft nichts zu unternehmen, was den Frieden in dieser Region gefährden könnte. Außer den Philippinen und China beanspruchen auch Vietnam, Malaysia, Taiwan und Brunei Teile der Inselgruppe, auf der Erdölvorkommen vermutet werden.

vgl. ADN 7.5.97, rtr 29.4.97, 1.-4.5.97

Friedensverhandlungen stocken

Nachdem der Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen zwischen der philippinischen Regierung und der *National Democratic Front* (NDF) Ende März eine gemeinsame Erklärung vorausgegangen war, in der beide Seiten ein Abkommen bis zum 30. Juni des Jahres unterschriftsreif haben wollten, sind die Gespräche einen Monat danach wieder ins Stocken geraten. Wie bereits bei früheren Verhandlungsrunden, ist es der von der NDF geforderte Status einer "kriegführenden Partei", der zur Vertagung der Gespräche führte. Ohne einen solchen Status käme ein Friedensabkommen für die NDF einer Kapitulation gleich, erklärte José Maria Sison als

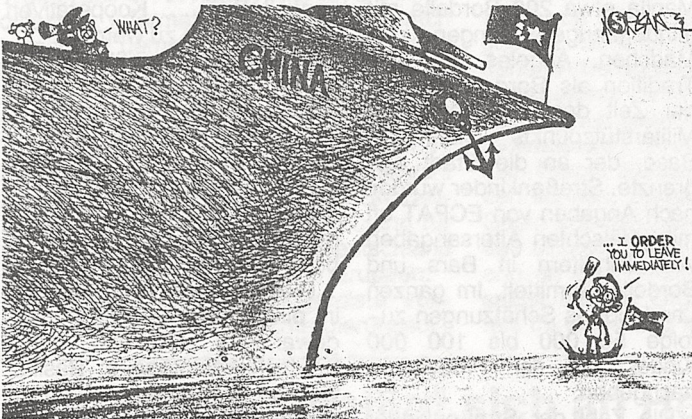
Chefberater der NDF. Regierungsunterhändler Howard De rechtfertigte die harte Haltung der Regierung als "Schutz der staatlichen Souveränität".

In ihrer gemeinsamen Erklärung hatten die Verhandlungsparteien erklärt, man wolle einen gerechten und dauerhaften Frieden erreichen, durch ökonomische Reformen Massenarmut beenden und die sozialen Leistungen verbessern.

Die philippinische Regierung hat sich bei der niederländischen Regierung dafür eingesetzt, daß Sison für die Dauer der Friedensverhandlungen weiter in den Niederlanden bleiben darf. Sein Asylgesuch war im vorigen Jahr abgelehnt worden.

Unterdessen soll eine neue bewaffnete Gruppe auf der Insel Negros erklärt haben, den bewaffneten Kampf fortsetzen zu wollen. Die Stadtguerillaorganisation *Alex Boncayao Brigade* (ABB) hat sich mit einer Fraktion der *New People's Army* (NDP) auf den Visayas verbündet. Die neue Allianz lehnt Friedensverhandlungen ab, ihre Stärke wird auf rund 500 bewaffnete Kämpfer geschätzt.

DPA 17.3.97, rtr 24., 27.3.97, 22., 24.4.97, AW 14.4.97



aus: FEER v. 22.5.1997, S. 11

von drei Fregatten und einigen Fischereischiffen um eine klare Verletzung der Internationalen Seerechtskonvention gehandelt habe. Die Schiffe seien in die "200-Meilen Zone" der Philippinen eingedrungen. Außerdem hat das philippinische Militär bei Luftaufnahmen eine neu errichtete

Souveränität über die Inselgruppe habe. Die Spannungen zwischen den Philippinen und China hatten zugenommen, seitdem China 1995 das von den Philippinen beanspruchte "Mischief Reef" besetzt und dort ein Gebäude errichtet hatte, das von philippinischer Seite als Marinestützpunkt

Erneute Gefechte statt Gespräche

Offenbar versucht die philippinische Regierung durch massive militärische Operationen, die muslimisch-separatistische Befreiungsorganisation *Moro Islamic Liberation Front* (MILF) an den Verhandlungstisch zu zwingen. Verschiedene Zusammenkünfte von Vertretern beider Seiten blieben bisher ergebnislos. Die MILF war an dem Friedensabkommen zwischen Regierung und der anderen muslimischen Befreiungsorganisation *Moro National Liberation Front* (MNLF) im vergangenen Jahr nicht beteiligt. Seit Mitte April greift das Militär MILF-Lager an, teilweise wurde auch aus der Luft und mit schwerer Artillerie gekämpft. Dabei sollen zehn Schülerinnen und ihr Lehrer ums Leben gekommen sein, als ein Schulgebäude mit einem Mörser beschossen wurde. Mehr als zehntausend Muslime, meist Frauen demonstrierten gegen dieses Vor-

gehen des Militärs. Ihr Sprecher bestritt, beim Angriff auf eine Rebellenlager eine Schule beschossen zu haben und tat die Beschuldigung als "Propaganda" ab.

"Die Offensive wird fortgesetzt, bis wir das Gebiet von Rebellen gereinigt haben", erklärte eine Oberst, während der Chefunterhändler der MILF Ghazali Jaafar, angesichts der fortgesetzten Gefechte, an der Ernsthaftigkeit der Gesprächsabsichten auf Regierungsseite zweifelt. "Die Soldaten verwickeln unsere Kämpfer in Gefechte und nachher gehen sie zur Presse und sagen, wir hätten provoziert", erklärte Jaafar.

Neben der zwischen 6000 und 8000 Kämpfern zählenden MILF, mit der Präsident Ramos einen Friedensschluß anstrebt, kämpft das Militär in Mindanao auch mit der extremistischen muslimischen Organisation *Abu Sayyaf*. Zeitungsberichten zufolge soll es

seit fünf Jahren Wiedervereinigungsgespräche zwischen MILF und MNLF geben, wie der Chef des Sekretariats der MNLF, Abraham Iribani, wissen ließ. Diese Gespräche fänden auch weiter statt, um die MILF von den Vorteilen eines Friedensschlusses zu überzeugen. Die beiden Organisationen waren 1970 aus einer gemeinsamen Befreiungsfront hervorgegangen. Ein MILF-Sprecher dementierte lapidar: "Wir haben keine Kenntnis von solchen Gesprächen."

In den vormaligen von der MNLF kontrollierten Gebieten warten viele ehemalige Kämpfer sieben Monate nach dem Friedensschluß auf die versprochene Hilfe für die Region. Die ehemaligen Kämpfer hielten noch nichts in Händen und könnten versucht sein, sich anderen noch aktiven Gruppen anzuschließen, kritisierte ein MNLF-Sprecher. Staatspräsident Fidel Ramos mahnte kürzlich bei einem Treffen über Mindanao eine Beschleunigung der Pro-

gramme an, die schon vor Monaten hätten anlaufen sollen. Auch der im Friedensabkommen eingerichtete *Südphilippinische Rat für Frieden und Entwicklung* unter MNLF-Führer und Gouverneur Nur Misuari habe keine Möglichkeit, die Hilfe zu lenken.

Unterdessen kamen Ende April bei einem Hotelbrand in Cotabato, Mindanao einige führende Mitglieder der MNLF ums Leben. Bei dem Brand, vor dem kein Feueralarm die Hotelgäste warnte, kamen mindestens 24 Menschen ums Leben. Er ereignete sich am Vorabend einer geplanten Rede Nur Misuaris in Cotabato über die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Region. Ursache des Feuers war wahrscheinlich Brandstiftung, da zwei verdächtige Farbbüchsen gefunden wurden und sich das Feuer ungewöhnlich schnell ausgebreitet hatte.

vgl. AFP 27.4.97, rtr 23.3.97, 5.4., 8.4., 23.4.97, dpa 5.4., 19.4.97 ADN 25.4.97, Internet 7.5.97

Weibliche Absolventen der Militärakademie

Die ersten sieben weiblichen Schülerinnen der traditionsreichen *Philippine Military Academy* (PMA) haben ihre Ausbildung beendet, drei von ihnen waren unter den besten zehn ihres Jahrgangs. "Nehmt euch in acht, Filipinos, sage ich zu den Männern", scherzte Präsident Ramos, selbst PMA-Absolvent in seiner Festrede.

vgl. rtr 16.3.97

Marcos-Gelder bald in den Philippinen?

Eine Teilrückgabe der seit 1986 in der Schweiz eingefrorenen Gelder in Höhe von 700 Millionen Schweizer Franken, die Ferdinand Marcos und seine Familie während der Diktatur aus dem Land geschafft hatten, kann möglicherweise in den nächsten Monaten erfolgen, vorausgesetzt, die verschiedenen Gruppen, die ein Recht auf die Gelder erheben, können sich einigen. Das juristische Verfahren vor dem Schweizer Bundesgericht wird durch ein neues Rechtshilfegesetz bedeutend erleichtert, da auf ein rechtskräftiges Urteil gegen die Marcos-Familie verzichtet werden kann. Imelda Marcos' Verurteilung zu 18 Jahren Gefängnis ist wegen eines Berufungsverfahrens bisher noch nicht gültig.

Präsident Ramos hatte sich Anfang April mit dem Schweizer Bundesrat Delmuraz getroffen und eine baldige Lösung der Frage vereinbart. Voraussetzung sei allerdings, so Delmuraz, daß sich die verschiedenen Interessengruppen auf einen Modus einigen könnten. Die Schweiz sei an einer schnellen Lösung interessiert, da ansonsten nur noch mehr Gruppen Forderungen stellen würden. Bisher erheben die philippinische Regierung, die Marcos-Familie sowie ein Zusammenschluß von Marcos-Opfern Anspruch auf die Marcos-Millionen. Außerdem hatte sich ein Schmied gemeldet, der Marcos beschuldigt, ihm eine goldene Buddha-Statue gestohlen zu haben.

vgl. rtr 27.3.97, 1., 2.4.97

Filipino in Saudi Arabien getötet

Ein 42-jähriger philippinischer Ladenbesitzer wurde in der Stadt Al-Khobar erstochen. Der philippinische Moslem lebte seit 12 Jahren in Saudi-Arabien und war ein angesehener Bürger der Stadt. Sein Sarg soll auf Wunsch seiner Angehörigen nach Mekka überführt werden.

vgl. rtr 19.2.97, 1.3.97

Kardinal Sin Verwandte ruinieren Finanzen der Erzdiözese

Eine Gruppe von Verwandten und Landsleuten des Kardinal Sin aus seiner Heimatprovinz Iloilo soll für den Ruin der *Monte de Piedad* und *Savings Bank* verantwortlich sein. Die Gelder der Erzdiözese Manila waren bei dieser Bank deponiert. Nach dem Kollaps des Instituts steht die Diözese vor einer finanziellen Krise. Die als "Ilonggo-Mafia" bezeichnete Gruppe soll unter anderem Krediten, die für Tri-cycle-Fahrer bestimmt waren manipuliert haben.

Rund 500 Millionen Pesos sind auf Veranlassung der Bischofskonferenz noch in letzter Minute aus der Bank abgezogen worden, andere kirchliche Organisationen folgten. Kardinal Sin's enges Verhältnis zu Mitgliedern der Finanzmafia soll ein Hauptgrund für die Spannung zwischen ihm und anderen Bischöfen des Landes sein.

vgl. Manila Times, 27.4.97

Noch ein Militär im Ministerrang

Völlig überraschend hat Präsident Ramos den früheren Oberbefehlshaber des Heeres, Arturo Enrile, zum neuen Minister des *Departement of Transport and Communications* (DOTC) ernannt. Der 56-jährige General im Ruhestand ist der fünfte im Ramos-Kabinett tätige Militär. Sein Vorgänger war nach einer Verwicklung in Unregelmäßigkeiten bei einem Landverkauf zurückgetreten. Insgesamt hat Ramos mehr als 60 Militär als Führungskräfte in Schlüsselpositionen eingesetzt. Als "schleichenden Coup" bezeichnet ein prominenter Analytiker diese Ernennungspolitik.

vgl. Manila Times, 14.4.97, rtr 27.4.97

Philippinen: Zentrum der Kinderprostitution

Trotz der Regierungskampagne gegen den käuflichen Sex bleiben die Philippinen ein Zentrum der Kinderprostitution. Nach Angaben von ECPAT (*End Child Prostitution in Asian Tourism*), arbeiten allein in Angeles City nördlich von Manila etwa 200 Bordelle mit minderjährigen Jungen und Mädchen. Angeles hat eine Tradition als Bordellstadt aus der Zeit des amerikanischen Militärstützpunkts Clark Air Base, der an die Stadt angrenzte. Straßenkinder würden nach Angaben von ECPAT oft mit gefälschten Altersangaben von Zuhältern in Bars und Bordelle vermittelt. Im ganzen Land gibt es Schätzungen zufolge 50 000 bis 100 000 Kinder, die der Prostitution nachgehen.

Die Zahl der Straßenkinder in der Hauptstadt Manila ist indes auf mehr als 100 000 gestiegen. Das sind doppelt so viele wie im Jahr zuvor. Die Sozialbehörden fordern Unterkünfte, Schulen und Ausbildung für die elternlosen Kinder.

Ein Deutscher ist Mitte März unter dem Verdacht festgenommen worden, gegen Kinder Bezahlung an pädophile Touristen vermittelt zu haben. Der 42-jährige hatte früher in Thailand gelebt und war dort wegen Scheckfälschung in Haft, später verlegte er seinen Wohnsitz auf die Philippinen.

Der philippinische Kongreßabgeordnete Romeo Jalosjos steht zur Zeit in Manila wegen sexuellen Mißbrauchs einer Minderjährigen vor Gericht. Er soll bis zu 10 000 Pesos für eine Zusammenkunft mit der Elfjährigen bezahlt haben. Das Mädchen sagte aus, ihr Vater habe sie zu Jalosjos gebracht. Der Vater des Mädchens wird sich in einem eigenen Verfahren vor Gericht verantworten müssen.

vgl. rtr 19.3.97, 10.4.97, dpa 15., 22.4.97

Todesstrafe für drei Kidnapper

Wegen einer Entführung in Mandaluyong wurden drei Männer vom Pasig City Regional Court zum Tod verurteilt. An den Kosten ihrer Hinrichtung sollen sich die Verurteilten beteiligen.

vgl. Manila Bulletin, 7.5.97

Frauen bei Landreform benachteiligt

Die vor zehn Jahren per Gesetz eingeleitete Landreform geht an den 18 Millionen Landarbeiterinnen der Philippinen weitgehend vorbei. Nur jede vierte Frau erhält die Möglichkeit, in die von den ehemaligen Arbeitern selbstverwalteten Kooperativen aufgenommen zu werden.

Laut Gesetz profitieren Arbeiter mit festen Verträgen als erste von der Umverteilung des Landes, an zweiter Stelle Pächter, und erst an dritter Stelle Saisonarbeiter. Genau zu dieser Gruppe gehören die meisten in der Landwirtschaft beschäftigten Frauen.

Die Arbeiterinnen einer 1993 in eine Genossenschaft umgewandelte Palmöl- und Kautschukplantage in Basilan wehren sich gegen diese Benachteiligung. Bereits 1994 erreichte sie eine Anordnung des zuständigen Büros für Landreform, die Hälfte der Frauen in die Kooperative aufzunehmen, doch bis heute ist es ihnen nicht gelungen, der Genossenschaft beizutreten. Die Kooperative argumentiert, es gebe weder Arbeit noch Geld für die Löhne der Frauen.

vgl. ADN 26.3.97

Run auf Anteile von Golfplätzen

Anteile an den Golfplätzen des Landes haben im letzten Jahr einen Höhenflug erlebt und sind zur Zeit die lukrativste Geldanlage auf den Philippinen. Wie ein Broker erklärte, gehören sie mit einem Wert von bis zu zwei Millionen US-Dollar pro Anteil zur Zeit zu den teuersten der Welt. Ihr hoher Wert hängt mit den hohen Preisen auf dem Immobilienmarkt direkt zusammen. Ausgelöst worden war der Boom durch Pläne, auf dem Gelände des ehemaligen Militärcamps Fort Bonifacio in Manila einen modernen Geschäfts- und Wohnkomplex zu bauen.

vgl. Asia Times News, 8.4.97